



Presseschau vom 15.01.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: **Russlands Souveränität über Kurilen-Inseln kein Diskussionsthema – Lawrow**

Ein Fortschritt im Dialog über den Friedensvertrag zwischen Japan und Russland ist ohne Anerkennung der russischen Souveränität über die Kurileninseln durch Tokio undenkbar. Das erklärte Russlands Außenminister Sergej Lawrow am Montag in Moskau nach den Verhandlungen mit seinem japanischen Amtskollegen Taro Kono.

„Das ist unsere Basisposition. Ohne Schritte in diese Richtung wird ein Vorankommen auch zu anderen Fragen kaum möglich sein. Wie haben unsere Freunde in Japan darauf aufmerksam gemacht, dass das Problem der Souveränität über die Inseln nicht diskutabel ist, weil das russische Territorium ist. Wir haben sie auch darauf aufmerksam gemacht, dass diese Inseln laut japanischer Gesetzgebung als ‚nördliche Territorien‘ bezeichnet werden, was für Russland absolut unannehmbar ist“, sagte der russische Chefdiplomat.

Lawrow zufolge hatten Moskau und Tokio vor zwei Jahren bei Verhandlungen zwischen Präsident Wladimir Putin und Regierungschef Shinzo Abe neue Projekte gemeinsamer ökonomischer Aktivitäten auf den Kurileninseln vereinbart. „Es ging aber um keine groß angelegten Projekte. Jetzt haben wir uns aber auf ambitionöse Projekte geeinigt, an denen zuständige Staatsstellen beider Länder tüfteln werden“, sagte Lawrow.

Abe wird Ende Januar in Moskau erwartet. Geplant sind Verhandlungen mit Putin. Dabei wird der Friedensvertrag ganz oben auf der Agenda stehen.

de.sputniknews.com: **80 Schweizer Fußballfans nach WM in Russland „verschollen“**

Rund 80 Schweizer Fußballfans, die mit ihren Fan IDs nach Russland gekommen sind, haben das Land nach der WM 2018 bislang nicht verlassen. Das berichtet das russischsprachige Magazin „Russische Schweiz“ am Montag.

Der Autor erinnert daran, dass die russischen Behörden die Gültigkeit der Fan IDs nach Beendigung der WM bis zum 31. Dezember 2018 verlängert hatten. Dem Schweizer Außenamt zufolge hielten sich 81 Eidgenossen nach dem Stand vom 25. Dezember 2018 immer noch in Russland auf.

„Moskau und Bern versuchen jetzt, die ‚Illegalen‘ ausfindig zu machen. Jenen, die gegen die Aufenthaltsregeln in Russland verstoßen, droht eine Strafe. Zudem könnten sie mit Problemen bei der Ausreise oder bei der nächsten Einreise (nach Russland) konfrontiert sein“, schreibt das Magazin.

Die WM war vom 14. Juni bis 15. Juli in elf russischen Städten ausgetragen worden. Nach Angaben der russischen Tourismusbehörde wurde Russland während der WM von rund 3,4 Millionen Ausländern besucht. Die Behörden rechneten mit rund einer Million.

de.sputniknews.com: **Sanktionen gegen Russland „temporär“ und „instrumental“ – Rom**

Der italienische Außenminister Enzo Moavero Milanesi hat sich am Montag in einem Gespräch mit der Tageszeitung „Corriere della Sera“ zu den antirussischen Sanktionen geäußert. Das Interview wurde auf der offiziellen Internet-Seite der Zeitung veröffentlicht. Dem Minister zufolge sollten die gegen Moskau verhängten Sanktionen, über welche im Rahmen der EU und der Nato entschieden worden sei, die „Einhaltung des internationalen Rechts“ stimulieren.

„Aus diesem Grund und aus Loyalität zu unseren Verbündeten haben wir uns (den Sanktionen – Anm. d. Red.) angeschlossen“.

Moavero Milanesi wies auf die Notwendigkeit eines konstruktiven Dialogs mit Russland hin. Die Sanktionen sollten nicht zu einer „permanenten Strafe“ führen.

„Es muss ausdrücklich hervorgehoben werden, dass ein konstruktiver Dialog bewahrt werden muss, deswegen bleiben die Sanktionen temporär, instrumental und dürfen nicht zu einer Art permanenten Strafe führen“, so der Minister.

Noch im Juli hatte Italiens neuer Ministerpräsident Giuseppe Conte in einer Rede vor dem nationalen Parlament vorgeschlagen, die Anti-Russland-Sanktionen der EU nicht automatisch zu verlängern.

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen haben sich wegen der dramatischen Situation in der Ukraine verschlechtert. Die westlichen Länder verhängten etliche Sanktionen gegen Russland, woraufhin Moskau Gegenmaßnahmen einleitete. Es erklärte zudem, dass die Sprache der Sanktionen kontraproduktiv sei.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32358/48/323584858.jpg>

de.sputniknews.com: **Kein Verzicht der USA auf russische Raketentriebwerke mindestens bis 2023**

Die Lieferungen der russischen Raketentriebwerke RD-180, die in den US-amerikanischen Atlas-V-Trägerraketen verwendet werden, laufen mindestens bis 2023. Das hat der Hersteller der Triebwerke, das russische Rüstungsunternehmen Energomasch, unter Berufung auf den Chef des russisch-US-Gemeinschaftsunternehmens RD AMROSS, Michael Baker, mitgeteilt. Das Unternehmen kauft die von Energomasch produzierten Triebwerke und verkauft sie an die US-Firma United Launch Alliance (ULA), die sie in die Atlas-V-Raketen installiert.

„Wir werden natürlich auch weiter mit (Energomasch – Anm. d. Red.) arbeiten und dieses ausgezeichnete Triebwerk (an ULA) verkaufen, mindestens bis 2023 oder 2024, höchstwahrscheinlich aber noch länger“, führt Energomasch Bakers Worte in einem am Montag auf der offiziellen Seite der Firma veröffentlichten Video an.

Demzufolge bezeichnete der RD AMROSS-Chef die russischen Triebwerke als „fantastisches Produkt“, das die USA erfolgreich verwenden würden.

Der russische Hersteller Energomasch hatte Ende Oktober die zweite Partie von vier Raketentriebwerken RD-180 an die US-amerikanischen Besteller geliefert. Im November haben die USA beschlossen, den Kaufvertrag für Triebwerke aus der russischen Produktion zu verlängern.

Die US-Raumfahrtbehörde Nasa hatte zuvor erklärt, die USA würden hart daran arbeiten, auf die RD-180-Triebwerke verzichten zu können.

vormittags:

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen fünfmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von Perwomajsk, Kalinowka und Golubowskoje. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: **Auf dem Weg von Laos nach Moskau: Zug mit T-34-Panzern kommt nach Krasnojarsk**

Der Zug mit den von Laos an Russland zurückgegebenen Panzern des Typs T-34 ist in der Stadt Krasnojarsk in Sibirien angekommen.

Am 9. Januar hatte das russische Verteidigungsministerium bekannt gegeben, dass Laos Russland 30 Panzer T-34 zurückgegeben hat. Die zurückgegebenen Militärfahrzeuge würden ins Moskauer Gebiet befördert, hieß es. Sie sollen bei Siegesparaden in Russland sowie bei Museumsausstellungen und Dreharbeiten von historischen Filmen über den Zweiten Weltkrieg eingesetzt werden.

Bei der feierlichen Willkommenszeremonie in Krasnojarsk wurden die legendären Panzer von Vertretern der Verwaltung der Region Krasnojarsk, der Jugendorganisation Junarmija sowie von Veteranenverbänden begrüßt. Die Kampffahrzeuge würden sich in einem idealen Zustand befinden und könnten auch gleich in Betrieb genommen werden, äußerte der stellvertretende Abteilungschef für Mobilmachung in der regionalen Regierung, Jewgeni Sebeschenkow. Der T-34 ist ein sowjetischer Panzer aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Er war seit 1940 in Serienproduktion. Bis 1946 wurden 58.000 Kriegsfahrzeuge produziert. Doch 70 Jahre später sind sehr wenige einsatzbereite Panzer dieses Typs vorhanden.

Viele Experten, darunter auch deutsche Generäle, bezeichneten den T-34 als einen der besten Panzer des Zweiten Weltkriegs.

Die Stadt Krasnojarsk liegt am Fluss Jenissei, der den asiatischen Teil Russlands in West- und Ostsibirien teilt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32359/33/323593380.jpg>

de.sputniknews.com: **„Im Widerspruch zu den Pflichten“: Sacharowa zu Drohbriefen Grenells**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa hat die Drohungen des US-Botschafters in Berlin, Richard Grenell, kommentiert. In Grenells Schreiben war die Rede davon, Sanktionen gegen deutsche Unternehmen zu verhängen, die den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 fördern.

„Das ist ein Teil eines großen Programms. Es gibt ein langfristiges Programm zur globalen Eindämmung unseres Landes, die historisch bedingt umgesetzt wird. Und es gibt einen kurzfristigen Teil dieses Programms“, sagte sie in einem Interview mit dem TV-Sender

Rossija 1.

„Natürlich ist das unannehmbar. Natürlich gehört das, milde gesagt, nicht zu den Pflichten eines Botschafters. Und nach höchstem Standard steht das im Widerspruch zu ihnen“, betonte Sacharowa.

Medienberichten zufolge hatte Grenell in seinen Briefen mehreren deutschen Unternehmen mit US-Sanktionen gedroht, sollten sie sich an dem Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 beteiligen. Ein Sprecher des US-Botschafters sagte, der Brief sei nicht als Drohung aufzufassen, sondern als „klare Botschaft der US-Politik“.

Am Montag äußerte die Sprecherin des Auswärtigen Amtes, Maria Adebahr, bei einer Regierungspressekonferenz, es sei nicht neu, dass die Haltungen von Berlin und Washington zu Nord Stream 2 unterschiedlich seien.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte mehrmals betont, Deutschland betrachte Nord Stream 2 als ein kommerzielles Projekt. Allerdings sei Berlin überzeugt, dass die Ukraine ihre Rolle als Transitland auch nach der Fertigstellung von Nord Stream 2 behalten solle.

Bundesaußenminister Heiko Maas hatte die USA ebenfalls ermahnt, sich nicht in Fragen der europäischen Energiepolitik einzumischen.

Zudem warnte Maas seinen US-Amtskollegen Mike Pompeo vor der Einführung von einseitigen Sanktionen gegen das Projekt. Dies sei nicht der richtige Weg, betonte er. Nord Stream 2 soll wie Nord Stream 1 Gas aus Russland durch die Ostsee nach Deutschland leiten. Bisherige Transitstaaten wie die Ukraine würden damit umgangen werden, was dort für heftige Kritik sorgt.

Gegen das Projekt machen mehrere Länder Front. Dazu gehört unter anderem die Ukraine, die um ihre Einnahmen aus dem Transit russischen Gases bangt. Die russische Seite hatte wiederholt erklärt, dass es sich um ein rein wirtschaftliches Projekt handle und keinen Stopp des Gastransits durch die Ukraine bedeute.

Auch die USA haben sich immer wieder gegen den Bau von Nord Stream 2 ausgesprochen und gedroht, die europäischen Partnerunternehmen Russlands bei diesem und anderen Pipelineprojekten mit Sanktionen zu belegen. US-Präsident Donald Trump hat nach Verhandlungen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin erklärt, die USA wollten mit Nord Stream 2 konkurrieren, indem sie Flüssiggas nach Europa liefern würden.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 14. Januar 3:00 bis 15. Januar 3:00

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 10.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6-7), Jasinowataja, Donezk (Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Sachanka.

Opfer unter den friedlichen Bürgern und Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 95.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgefeuerten Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht.

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 131.

Ab 01:01 am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten

Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Syrien: Industrie kehrt allmählich nach Aleppo zurück**

Eine Textil- und eine Desinfektionsmittelfabrik sind in der Industriezone Leiramon nordwestlich von Aleppo wieder in Betrieb, wie Mitarbeiter der Unternehmen gegenüber Reportern mitteilten.

Vor dem Krieg befand sich im Bezirk Leiramon eine große Industriezone, die jetzt in Trümmern liegt. Die Unternehmer räumen selbst die Trümmer auf und bringen die Werkhallen in Ordnung.

Die ersten Betriebe, die zurückkehrten, waren eine während des Krieges nach Latakia evakuierte Weberei und ein pharmazeutisches Unternehmen.

„Wir liefern unsere Produkte an Krankenhäuser, Hotels – überall hin, wo Reinigungsprodukte benötigt werden. Wir produzieren durchschnittlich tausend Liter pro Tag“, sagte der Geschäftsführer des pharmazeutischen Betriebes, Mohammed Amersbahgy.

Der Eigentümer des Unternehmens sei noch nicht bereit, teure Geräte für die Synthese komplexer Arzneimittel zurückzubringen, erst müsse man die Räumlichkeiten für diese Zwecke vorbereiten. Deswegen beschränke sich die Fabrik vorerst auf die Herstellung von Desinfektionsmitteln.

Das Gebäude der Textilfabrik und die darin befindlichen Anlagen wurden während des Krieges stark beschädigt, aber die Angestellten tun ihr Möglichstes, um das Unternehmen wiederherzustellen.

„Als wir hierher zurückkehrten, war alles kaputt, wir mussten bei null anfangen. Vor dem Krieg hatten wir 30 Maschinen aus China und Europa. Jetzt haben wir nur 17 Maschinen, die anderen sind nicht mehr zu retten“, erklärte der leitende Anlagenbetreiber des Textilgeschäfts, Wahid Al-Omar.

Seinen Angaben zufolge produziert jede der 17 betriebstauglichen Maschinen etwa 200 Meter Stoffbahn pro Schicht.

Im Dezember 2016 wurde Aleppo vollständig von bewaffneten Oppositionsgruppen befreit und wird seitdem von syrischen Regierungstruppen kontrolliert.

lug-info.com: **Mitglieder der republikanischen Gedenkwanne haben heute am Jahrestag des Todes der Helden der Jugenduntergrundorganisation „Junge Garde“ eine Ehrenwanne am Grab der Junggardisten in Krasnodon durchgeführt.**

In Krasnodon haben die faschistischen deutschen Besatzer am 15., 16. und 31. Januar 1943 eine Massenhinrichtung junger Untergrundkämpfer durchgeführt. So starben am 15. Juni 20 Junggardisten: Klawdija Kowaljewa, Wladimir Kulikow, Sergej Lewaschow, Jewgenij Schepeljew, Gennadij Lukaschow, Nikolaj Shukow, Boris Glawan, Wassilij Gukow, Leonid Dadyschew, Wladimir Osmuchin, Jewgenij Moschkow, Anatolij Nikolajew, Witkor Tretjakewitsch, Wassilij und Alexandr Bondarjew, Demjan Fomin, Wiktor Petrow, Wassilij Piroshok, Anatolij Popow und Iwan Semnuchow.

„Am Todestag der ersten Gruppe der Mitglieder der „Jungen Garde“ haben Mitglieder der republikanischen Gedenkwanne von Krasnodon eine Ehrenwanne am Posten Nr. 1 am Grab der Untergrundkämpfer durchgeführt. Als Zeichen des tiefen Respekts gegenüber der Heldentat der heldenhaften Landsleute und der Kontinuität der Generationen haben die jungen

Leute vor Beginn der Ehrenwache den Eid der Junggardisten gesprochen“, teilte die Stadtverwaltung von Krasnodon mit.

Eine solche Ehrenwache wird auch am 16. und 31. Januar stattfinden.

Außerdem findet am 31. Januar in Krasnodon eine Kundgebung zu den tragischen Ereignissen im Winter 1943 statt.

Die „Junge Garde“ war eine antifaschistische Untergrundorganisation des Komsomol, die in den Jahren des Großen Vaterländischen Kriegs (von September 1942 bis Januar 1943) hauptsächlich in Krasnodon im Woroschilowgradskaja-Oblast der Ukrainischen SSR aktiv war. Die Organisation wurde bald nach der Besetzung Krasnodon durch die deutschen Faschisten gegründet. Die „Junge Garde“ hatte etwa 110 Mitglieder – Jungen und Mädchen. Das jüngste Mitglied des Untergrunds war 14 Jahre alt.

Unter Nutzung von Informanten kamen die Deutschen den jungen Partisanen auf die Spur und im Januar 1943 begannen Massenfestnahmen der Mitglieder der Organisation. Am 15., 16. und 31. Januar 1943 richteten die deutschen Besatzer mehr als 70 Untergrundkämpfer hin, ein Teil von ihnen wurde nach schwerer Folter lebend in einen 58 Meter tiefen Schacht des Krasnodoner Bergwerks Nr. 5 geworden. Am 9. Februar 1943 wurden in Rowenki in einem Wald die Untergrundkämpfer Oleg Koschewo, Ljubow Schewzow, Semjon Ostapenko, Dmitrij Ogurzow, Witkor Subbotin erschossen, weitere vier Menschen wurden in anderen Bezirken erschossen. Alle Junggardisten wurden vor dem Tod schwer gefoltert und misshandelt.



[http://img.lug-info.com/cache/7/4/\(218\)_3.jpg/w620h420.jpg](http://img.lug-info.com/cache/7/4/(218)_3.jpg/w620h420.jpg)

ukrinform.ua: **Präsident unterstützt Gesetzesvorlage betreffs Übergangs der Gemeinden zur PZU**

Petro Poroschenko betone die Wichtigkeit der Behandlung und der Unterstützung der Gesetzesvorlage, die das Recht der Glaubensgemeinden vorsehe, ihr Unterstellungsverhältnis zu ändern.

Dies teilte die Vertreterin des Präsidenten in der Werchowna Rada, die Abgeordnete der Fraktion "Block von Petro Poroschenko", Iryna Luzenko, bei der Sitzung des Schlichtungsrats am Dienstag mit, meldet ein Ukrinform-Korrespondent.

"Der Staatschef betont die Wichtigkeit der Initiative des Parlamentspräsidenten Andrij Parubij

bezüglich der Unterstützung und der Vorlage des Gesetzentwurfs zur Erörterung im Parlament. Er wird das fundamentale, transparente und eindeutige Recht der Glaubensgemeinden auf die Änderung ihres Unterstellungsverhältnisses sicherstellen", betonte Luzenko.

Sie machte ferner deutlich, dass knapp 70 Kirchengemeinden aus der Ukrainischen orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats zu der autokephalen Orthodoxen Kirche der Ukraine bereits gewechselt hätten.

Der Parlamentschef Parubij sprach am Dienstag, den 15. Januar seine Hoffnung aus, dass die Rada am Donnerstag die verbesserte Gesetzesvorlage über die Änderung des Unterstellungsverhältnisses von Glaubensgemeinden behandeln werde

de.sputniknews.com: **Selbständigkeit von Firmen respektieren: China zu Grenells Drohbriefen**

Die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, Hua Chunying, hat die Briefe des US-Botschafters Richard Grenell an deutsche Unternehmen kommentiert, in denen er vor einer weiteren Beteiligung an dem Projekt Nord Stream gewarnt haben soll.

„Wir wurden auf relevante Berichte sowie auf die harte Gegenreaktion aufmerksam, die sie in Deutschland hervorgerufen hatten", sagte Hua Chunying, bei einem Briefing.

Unternehmen aller Länder hätten das Recht, jegliche Entscheidungen über die Zusammenarbeit mit ausländischen Firmen und über die Kontaktpflege zu ihnen selbständig zu treffen, betonte sie. „Jedes Land und jeder Mensch sollten das in vollem Maße respektieren", fügte sie hinzu.

Medienberichten zufolge hatte Grenell in seinen Briefen mehreren deutschen Unternehmen mit US-Sanktionen gedroht, sollten sie sich an dem Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 beteiligen. Ein Sprecher des US-Botschafters sagte, die Briefe seien nicht als Drohung aufzufassen, sondern als „klare Botschaft der US-Politik"....

ukrinform.ua: **Flugzeug mit Außenministern konnte in Mariupol nicht landen**

Aufgrund schlechter Wetterbedingungen konnte das Flugzeug mit den Außenministern der Ukraine, Polens, Litauens, Lettlands und Estlands in der Hafenstadt Mariupol in der Ostukraine nicht landen.

Wie Außenminister der Ukraine Pawlo Klimkin auf Twitter mitteilte, versuchten die Minister trotz des Unwetters mit dem Flugzeug nach Mariupol zu gelangen. Die Piloten hätten aber entschieden, umzukehren. Klimkin wollte seinen Amtskollegen den „leeren Hafen von Mariupol, die Folgen der russischen wirtschaftlichen Blockade in der Region“ zeigen. Der ukrainische Minister kündigte heute eine Videokonferenz der Außenminister mit Mariupol an. Klimkin und seine Amtskollege Jacek Czaputowicz aus Polen, Linas Linkevicius aus Litauen, Edgars Rinkevics aus Lettland und Sven Mikser aus Estland wollten sich vor Ort mit der sozialen und wirtschaftlichen Lage in den Häfen Mariupol und Berdjansk nach der russischen Aggression in der Straße von Kertsch vertraut machen. Auch die Sicherheitslage in der Region sollte im Mittelpunkt des Besuchs sein.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 15.01.2019**

Die Lage an der Kontaktlinie hat sich nicht wesentlich verändert. **In den letzten 24 Stunden wurden zehn Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung festgestellt, es wurden die Gebiete von fünf Ortschaften beschossen.**

In Richtung Gorlowka haben die Kriegsverbrecher der 58. Panzergrenadierbrigade unter Anführerschaft von Drapatyj das Gebiet des **Bergwerks 6-7** mit einem automatischen Granatwerfer beschossen.

In Richtung Donezk wurden von den Positionen der 28., 93 mechanisierten Brigade und der 57. Panzergrenadierbrigade unter Anführerschaft der Kriegsverbrecher Martschenko, Klotschkow und Mischantschuk aus **Jasinowataja, Trudowskije und das Gebiet des Flughafens von Donezk** mit Mörsern des Kalibers 82mm, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

In Richtung Mariupol haben die Kriegsverbrecher der 79. Luftsturmgruppe unter Anführerschaft von Kuratsch das Gebiet von **Sachanka** mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Opfer unter der friedlichen Bevölkerung und Zerstörungen an Objekten der zivilen Infrastruktur werden noch ermittelt.

Es ist ein Absinken des moralisch-psychischen Zustand der ukrainischen Kämpfer in der Zone der Kampfhandlungen festzustellen. Dies liegt an der ständigen Verschiebungen der Zeiträume für Rotationsmaßnahmen aufgrund von Mangel an kampffähigen Verbänden der Besatzungskräfte in der Tiefe des Landes. Im Zusammenhang damit haben die **Auseinandersetzungen unter den ukrainischen Kämpfern und mit dem jüngeren kommandierenden Personal an den Frontpositionen zugenommen.**

So fand in einer der Einheiten der 128. Brigade, deren Frist für die Rotation schon lange abgelaufen ist, im Gebiet von Starognatowka eine Auseinandersetzungen zwischen dem Kommandeur einer Kompanie und einigen Untergebenen statt. Die Soldaten äußerten gegenüber dem Kommandeur ihre Unzufriedenheit damit, dass ihre Vertragslaufzeiten abgelaufen sind, aber niemand sich beeilt, sie nach Hause zu schicken, weil in der Brigade ein großes Personaldefizit und ein Defizit von Soldaten im Frontbereich besteht. Mehr noch, der Kommandeur der 128. Brigade Sobko hat die Anweisung gegeben, die Verträge mit den Unterstellten automatisch ohne deren Zustimmung zu verlängern.

Das Wortgefecht des Offiziers mit den Soldaten ging in einen Faustkampf über, danach griff der Kommandeur der Kompanie zur Waffe und schoss auf den ungestümsten Untergebenen, den Soldaten Sladkowskij. Hinzugekommene Offiziere fesselten die übrigen beiden Teilnehmer des Aufstands und brachten sie „in die Grube“. Den Verletzten brachten sie in eine medizinische Einrichtung. Der Brigadekommandeur zog es vor, dem übergeordneten Stab nicht über den Vorfall zu berichten. Nach bestehender Tradition nahmen sie Sladkowskij unter die „Helden“ auf, die angeblich im Ergebnis von Kampfhandlungen verletzt wurden.

Der Vorfall sowie die allgemeine negative Einstellung unter den Kämpfern der 128. Brigade mahnen das ukrainische Kommando zur Vorsicht. Sobko erteilt den Bataillonskommandeuren den Befehl, Listen der unzufriedensten Soldaten zu erstellen, die die Lage im Frontbereich untergraben könnten. Das Brigadekommando entschied diese Kämpfer unter dem Anschein einer Rotation an den ständigen Stationierungspunkt im Oblast Transkarpatien zu bringen und sie „in aller Stille“ nach Beendigung ihres Vertrags zu entlassen, um weitere Auseinandersetzungen zu vermeiden. Die übrigen Kämpfer, die Angst haben, ihre Unzufriedenheit offen zu äußern, sollen weiter im Frontbereich gehalten und mit Geschichten gefüttert werden, dass die Rotation sehr nah ist.

Tatsächlich verzögert sich der Ausbildungsprozess der Einheiten, die zur Ablösung der 128. Brigade vorgesehen sind, im Hinterland im Zusammenhang mit der niedrigen Personalausstattung. Es gibt nicht genügend Bürger der Ukraine, die bewusst wünschen einen Vertrag abzuschließen und freiwillig in Schützengräben zu verfaulen. Deshalb müssen die Kämpfer der 128. Brigade noch für eine unbestimmte Zeit im Frontbereich bleiben und auf ihre Ablösung warten.

de.sputniknews.com: **Polnisch-ukrainische „Zukunftswaffe“: Schießt alles ab, was fliegt – wenn sie fliegt**

Wieder einmal will die Ukraine den Armeen in aller Welt eine Zukunftswaffe offerieren, diesmal in Kooperation mit polnischen Rüstungsfirmen. Ein neues Flugabwehrsystem soll es

werden – stark, mobil, gegen Luftziele aller Art. Auf den ersten Blick hat die angekündigte Rakete auch wirklich Power. Aber eben nur auf den ersten Blick.

Große Reichweite, hoher Grad an Mobilität und die Fähigkeit, Flugzeuge, Hubschrauber, Drohnen, ja sogar Raketen zu bekämpfen – für ein mittelgroßes Flugabwehrsystem sind die angekündigten Parameter erstmal nicht schlecht, jedenfalls sind sie vergleichbar mit der russischen Flugabwehr Buk.

Der polnische Technikhersteller WB Electronics hat Anfang dieses Monats erklärt, in Zusammenarbeit mit der Ukraine ein neues Flugabwehrsystem entwickeln zu wollen. Wie es heißen wird, wissen die Entwickler noch nicht. In drei Jahren soll es aber serienreif sein, da sind sie sich sicher.

Das künftige Waffensystem soll überwiegend Hochwertobjekte schützen – gegen nahezu alles, was fliegt: ob Flugzeug, Hubschrauber, Lenkwaffe, Seeziel- oder Anti-Radar-Rakete. Zwischen 30 und 110 Kilometern Reichweite sollen je nach Zielsuchkopf möglich sein. Die Startrampen würden auf polnischen LKW-Chassis aufgebaut.

Ukrainische Medien feiern das System als „Zukunftswaffe“. Dass es auf einer Rakete sowjetischer Bauart basieren wird, betonen die Journalisten nicht unbedingt.

Zukunftswaffe ohne Zukunft

„Die R-27-Rakete wurde ursprünglich als Luft-Luft-Rakete entwickelt, für den Start vom Flugzeug aus“, erklärt Wladimir Korowin vom Zentrum für verteidigungspolitische Studien am Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen. Das polnisch-ukrainische Vorhaben bezeichnet der Experte deshalb als „aussichtslos“.

Solcherart Ankündigungen seien eher ein Armutszeugnis: „Sie zeigen, dass die Ukraine sich in einer ausweglosen Lage befindet, dass sie keine anderen Möglichkeiten hat, eine effektive Flugabwehr zu bekommen“, so der Analyst.

Denn wichtige technische Details des neuen Systems sind ungelöst: „Die Rakete von Null auf Überschall zu beschleunigen, funktioniert nicht ohne Weiteres. Dafür muss ein Booster gebaut werden“, erklärt der Fachmann.

Zumal die Raketen, die die Ukraine jetzt noch im Bestand hat, längst veraltet sind und heutigen Anforderungen nicht mehr entsprechen. Die R-27-Rakete wurde in den Siebzigerjahren in einem Moskauer Konstruktionsbüro entwickelt. Bestimmt war die Luft-Luft-Rakete für die Bewaffnung sowjetischer Abfangjäger.

„Auch ukrainische Betriebe nahmen an der Entwicklung teil, stellten Bauteile und Komponenten her. Seither verfügen sie auch über bestimmte Baupläne der Rakete – und auch über einen bestimmten Bestand dieser Raketen. Sie können im Luftkampf auch noch eingesetzt werden, aber sicher nicht gegen moderne Kampffjets“, sagt Experte Korowin. Man könnte die Luft-Luft-Rakete auch so modifizieren, dass sie vom Boden aus startet. Die Frage ist, ob sich der Aufwand lohnt. Denn das Problem ist, dass die R-27 normalerweise vom Flugzeug startet – das heißt, bei einer Geschwindigkeit von mindestens 1.000 Stundenkilometern. „Das reicht aus, damit die Rakete durch das eigene Leitwerk stabilisiert wird. Wie sich der Flugkörper beim Bodenstart verhalten wird, weiß niemand“, sagt der Analyst.

„Auch fehlen der Ukraine viele technische Details: über das Flugverhalten, über die Zielführung, über die Belastungsgrenzen. Ohne das Konstruktionsbüro in Moskau werden sie diese Informationen auch nicht bekommen. Es ist, als würden sie eine Gleichung mit sehr vielen Unbekannten lösen wollen“, sagt Korowin.

Die Flugabwehr der Ukraine ist heute in einem kläglichen Zustand, obwohl auf ihrem Gebiet zu Sowjetzeiten die stärksten Flugabwehrverbände Europas stationiert waren. In der Ukrainischen Sowjetrepublik gab es allein bis zu 3.000 Abfangjäger plus allerhand Flugabwehrsysteme: S-125, S-200, S-300, Buk und andere.

Die meisten Jets und Raketen sind inzwischen entweder verschrottet oder verscherbelt worden. Geblieben ist nur eine Handvoll S-300-Systeme. Raketen, die dafür nötig sind, stellt

die Ukraine nicht her. Offenbar setzt die Führung in Kiew die Hoffnung auf die Kooperation mit Polen. Allein: Man weiß aus Erfahrung, dass Vereinbarungen zwischen Polen und der Ukraine meist nur auf dem Papier Bestand haben.

Mil-Inr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt und hat eine **Tendenz zur Verschärfung**.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner das Regime der Feueinstellung **fünfmal** verletzt. Von den Positionen der 10. Gebirgsturmgrade der ukrainischen Streitkräfte aus wurde auf Befehl des Kriegsverbrechers Subanitsch das Gebiet von **Golubowskoje** mit 82mm-Mörsern und Schusswaffen beschossen.

Auf Befehl des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechers Majstrenko wurde das Gebiet von **Perwomajsk** mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Auf Befehl des Kommandeurs der 72. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechers Tatus wurde das Gebiet von **Kalinowka** mit Mörsern des Kalibers 120 und 82mm, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen beschossen.

Die systematische Verletzung des Regimes der Feueinstellung durch die ukrainische Seite ungräbt den Mechanismus zur Gewährleistung gegenseitiger Sicherheitsgarantien.

Am 16. Januar wird in Staniza Luganskaja im Verantwortungsbereich der 59. Brigade die **Ankunft des derzeitigen Vorsitzenden der OSZE Miroslav Lajčák in Begleitung einer ukrainischen Delegation unter Leitung des Außenministers der Ukraine Pawel Klimkin erwartet**, um die derzeitige Lage in der „OOS“-Zone zu bewerten.

An der Arbeit wird auch der Leiter des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Wiktor Mushenko teilnehmen.

Nach Informationen unserer Aufklärung plan das Kommando der OOS die **Durchführung von Provokationen im Gebiet von Staniza Luganskaja während des Besuchs der Delegation des Vorsitzenden der OSZE**, um die Einheiten der Volksmiliz der LVR der Verletzung des Regimes der Feueinstellung zu beschuldigen.

Am 14. Januar ist in diesem Gebiet die Ankunft von Vertretern von vom Kommando der OOS kontrollierten Massenmedien in Begleitung von Offizieren des 72. Zentrums für informationspsychologische Operationen zu bemerken, was den Plan des Gegners mittelbar bestätigt.

Die Volksmiliz der LVR gibt ihrerseits eine vollständige Sicherheitsgarantie für die Durchführung der Arbeit der Delegation unter Leitung von Herrn Lajčák in unmittelbarer Nähe der Abgrenzungslinie, was wir ihm rechtzeitig **durch einen offiziellen Brief mitgeteilt** haben.

Die ukrainische Seite konzentriert weiter Militärtechnik in der Konfliktzone.

So wird im Bericht der OSZE-Mission, der am 14. Januar veröffentlicht wurde, eine Konzentration ukrainischer Militärtechnik in Solotoje genannt: drei Schützenpanzer nördlich des Trennungsabschnitt in diesem Gebiet, zwei Schützenpanzer im Gebiet von Solotoje-3 (Stachanowez) und ein Schützenpanzer bei Solotoje-2 (Karbonit).

Es gibt weitere Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte.

So wurde gestern im 3. Bataillon der 72. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte der Unterleutnant Nikolaj Semenuk, geb. 1973, in der Folge von unvorsichtigem Umgang mit der Waffe tödlich verletzt. Eine Expertise stellte einen hohen Alkoholgehalt im Blut des Betroffenen fest. Der Brigadekommandeur Tatus stellt gewohnheitsmäßig diesen Verluste als Folge eines Beschusses von Seiten der Einheiten der Volksmiliz der LVR dar, um die wahren Ursachen des Todes des Soldaten gegenüber dem übergeordneten Kommando zu

verheimlichen.

Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen und ihre Verpflichtungen zur friedlichen Regelung des Konflikts genau ein. Dennoch behalten wir uns im Fall einer militärischen Aggression von Seiten des Gegners das Recht vor, operativ mit Gegenmaßnahmen zu reagieren und eine adäquate Antwort zu geben.

de.sputniknews.com: **So stark ist Rückgang von Terroraktivitäten in Russland**

Der Chef des russischen Sicherheitsrates Nikolai Patruschew hat in einem Interview mit der Zeitung „Rossijskaja Gaseta“ erklärt, wie sich die Situation bezüglich Terroraktivitäten in Russland und in anderen Regionen der Welt in den letzten Jahren verändert hat.

„Die Terroraktivitäten im Lande sind seit fünf Jahren 20 Mal weniger geworden“, sagte er. Insgesamt seien 2018 ein Terroranschlag und neun terroristische Straftaten verübt worden.

Der Rückgang der Terrorbedrohung sei auf die reibungslose Arbeit der Geheimdienste und der Rechtsschutzorgane zurückzuführen, durch die 36 terroristische Straftaten, darunter auch 20 Terroranschläge, vereitelt werden konnten.

Zudem habe sich auch ein weltweiter Trend zum Rückgang der Terroraktivitäten abgezeichnet, betonte er. 2014 habe die Anzahl der Terroranschläge zwar ihr Rekordhoch von fast 16.000 erreicht. In den zwei zurückliegenden Jahren bewege sie sich jedoch um den Wert von 10.000 herum.

Im Nahen Osten habe sich die Zahl der Terroranschläge in den letzten fünf Jahren halbiert. Dieser Rückgang sei auf die Lage in Syrien zurückzuführen, wo die wichtigsten Terrereinheiten vernichtet oder auseinander getrieben worden seien und der Prozess der nationalen Versöhnung begonnen habe.

Auch in Südasien hätten sich die terroristischen Aktivitäten in den fünf zurückliegenden Jahren verringert, und zwar um ein Drittel, so Patruschew.

Das weltweit größte Ausmaß hätten die Terroraktivitäten in Afghanistan. „Mehr als 15 Jahre der US-amerikanischen Präsenz in diesem Lande haben eine Degradierung der Lage zur Folge“, so Patruschew.

Auch in Europa hätten die terroristischen Aktivitäten zugenommen: „Hier haben die als Flüchtlinge getarnten Terroristen die Migrationskrise als Deckung ausgenutzt“, fügte er hinzu.

Lug-info.com: **Die Kosaken der in der Ukraine registrierten gesellschaftlichen Organisation „Wahre Kosakenschaft“ („WK“) erkennen die Entscheidung eines Kiewer Gerichts über die Auflösung der Organisation nicht an.**

Dies erklärte auf einer Presskonferenz im LuganskInformZenter der Ataman von „WK“ Alexej Seliwanow.

Das Kreisverwaltungsgericht Kiews hatte am 26. einer Forderung des Justizministeriums der Ukraine stattgegeben und eine Entscheidung über das Verbot und eine zwangsweise Auflösung der internationalen gesellschaftlichen Organisation „Wahre Kosakenschaft“, die 2008 in der Hauptstadt des Landes registriert worden war, stattgegeben. Die gesellschaftliche Organisation wurde unter anderem Aktivitäten beschuldigt, die auf die Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung auf gewaltsamen Weg, die Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine gerichtet seien sowie auf Kriegspropaganda, Gewalt, Entfaltung von Feindschaft zwischen Ethnien, Rassen und Religionen.

„In der letzten Woche haben wir aus Massenmedien erfahren, dass in der Ukraine ein Gerichtsverfahren stattfand. Das sogenannte „Kreisverwaltungsgericht Kiews“ hat auf Antrag des sogenannten Justizministeriums und des sogenannten Sicherheitsdienstes der Ukraine die internationale gesellschaftliche Organisation „Wahre Kosakenschaft“ verboten“, berichtete Seliwanow.

Er merkte an, dass „noch in dieser Entscheidung und in den Materialien der Ermittlung des

SBU sie Angelegenheiten von Kosaken aufwerfen, die seit 2014 auf dem Territorium Kiews geblieben sind und versuchen, gegen das Regime zu kämpfen“.

„Sie werden unter anderem der Sabotage der Mobilisierung, der Behinderung der Arbeit der Militärkommissariate sowie des Widerstands gegen die Arbeit „Rechten Sektors“, der in Russland verboten ist, beschuldigt. Natürlich gibt es auch Beschuldigungen des Widerstands gegen den „Maidan“, eine Beschuldigung bezüglich der Besetzung von Verwaltungsgebäuden im Donbass, hier sind Beschuldigungen über die „Vorbereitung und Durchführung von örtlichen Referenden bezüglich einer Föderalisierung einzelner Regionen der Ukraine“. Und was charakteristisch ist, sie beschuldigen uns, dass wir „uns zu Werten bekennen, die die drei Staaten Russland, die Ukraine und Weißrussland vereinigen, auf der Grundlage des russisch-orthodoxen Glaubens“, teilte der Ataman mit.

Dabei unterstrich Seliwanow, dass die Ermittlungen etwa anderthalb Jahre liefen, aber die Entscheidung des Gerichts erfolgte direkt, nachdem die „Wahre Kosakenschaft“ eine Information über die Tätigkeit von NATO-Instrukteuren in der Ukraine mit Angabe persönlicher Daten der Instrukteure veröffentlicht hatte.

Er unterstrich, dass das Aktiv von „WK“ die Gerichtsentscheidung nicht anerkennt, weil es sie, wie alle Staatsorgane der Ukraine nach dem Staatsstreich 2014, für nicht legitim hält.

„Man kann den „wahren Kosaken“, die sich sowohl im Donbass als auch in der Ukraine und der ganzen Welt befinden, zu einer solch hohen Bewertung unserer Aktivität durch die ukrainische Regierung gratulieren. Natürlich erkennt die „Wahre Kosakenschaft“ die Entscheidung dieses sogenannten Gerichts nicht an, weil wir schon seit 2014 die Gesetzmäßigkeit des Staatsstreichs in Kiew nicht anerkennen und die „wahren Kosaken“ gegen diesem Staatsstreich, so gut sie konnten, gekämpft haben bis dahin, dass ein Teil des Aktivs gekommen ist, um die Krim und den Donbass gegen die nazistischen Bataillone und die ukrainischen Streitkräfte zu verteidigen“, erklärte der Vorsitzende der Organisation.

„Ich danke allen Kosaken der internationalen Organisation „Wahre Kosakenschaft“ und allen nicht gleichgültigen Bürgern der Ukraine und anderer Staaten, die uns in unserem heiligen Kampf gegen dieses von außen geleitete Regime der Ukraine, gegen diese Junta, gegen diese nazistische Ideologie helfen, und erkläre, dass die „Wahre Kosakenschaft“ aktiv war und weiter aktiv sein wird: einen Rückzug gab es nicht, der Kampf geht weiter“, fügte er hinzu. Seliwanow ist überzeugt, dass, nachdem das ukrainische Volk „sich von der ungesetzlichen Regierung befreit hat, die Entscheidung dieses Gerichts als juristisch ungültig anerkannt wird“.

ukrinform.ua: Ukrainische Armee nimmt 2019 an 26 Militärmanövern teil

Die ukrainischen Soldaten werden im laufenden Jahr an 20 Militärmanövern im Ausland und an sechs internationalen Manövern in der Ukraine beteiligen.

Das gab der stellvertretende Leiter der Hauptverwaltung für die Ausbildung der Streitkräfte der Ukraine Ihor Podoljan vor der Presse bekannt. Die wichtigsten Übungen in der Ukraine sind ihm zufolge „Rapid Trident - 2019“, „Sea Breeze - 2019“, „Riverine - 2019“ und „Maple Arch – 2019“. Die internationalen Manöver finden in Deutschland, Italien, den USA, Großbritannien statt.

Dnr-online.ru: Über die Ergebnisse der Tätigkeit zur Verteidigung der Rechte und Freiheiten der Menschen in der Republik sowie die Ergebnisse der Arbeit der humanitären Untergruppe zur Frage des Gefangenenaustauschs in Minsk sprach die Bevollmächtigte für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR.

„Arbeit wurde sehr viel getan, auch zur Frage des Gefangenenaustauschs. Leider war das ein vollkommenes Fiasko. Unsere Delegation in Minsk hat das ganze Jahr auf der Vorbereitung

des Austauschs bestanden, aber es ist nicht gelungen, eine Vereinbarung zu erreichen. Wenn man über das Beispiel des Jahres 2017 spricht, damals gab es viele Diskussionen, Streit, aber wir haben uns tatsächlich auf einen großen Austausch vorbereitet, der dann am 27. Dezember 2017 stattfand. Da gab es die Verifikation, eine riesige Arbeit an den Listen. 2018 haben wir uns keinen Schritt voran bewegt. Die erste Anfrage haben wir der ukrainischen Seite noch am 15. Januar letzten Jahres geschickt, bis heute gibt es keine Antwort. Wir haben Hunderte von Anfragen und Vorschlägen geschickt, aber die ukrainische Seite weigert sich kategorisch für die Vorbereitung einer zweiten Austauschetape zu arbeiten. Mehr noch, die offiziellen ukrainischen Vertreterin haben einfach aufgehört, zu den Sitzung zu kommen, es wurden Experten benannt, die absolut keine Ahnung von der Frage hatten“, berichtete Morosowa.

Außerdem kommentierte die Bevollmächtigte der DVR die Erklärungen der ukrainischen Seite über eine angebliche Blockade der Vorschläge zu einem Gefangenaustausch von Ende Dezember durch die Vertreter der Republiken.

„Ich bewerte sie so, dass den Menschen, die ihre Verwandten erwarten, „Sand in die Augen gestreut“ wird, ein Anschein von Arbeit geschaffen wird. In den Minsker Vereinbarungen sind deutlich zwei Etappen vorgesehen: die Annahme eines Gesetzes über die Amnestie und ein Austausch „alle gegen alle“. Wir wissen, dass der Austausch nach dieser Formel vor Ende des Konflikts nicht möglich ist, deshalb wurde eine vorläufige Formel „alle festgestellten gegen alle festgestellten“ gewählt. Aber die ukrainische Seite verweigert dies kategorisch. Mehr noch, wir haben keine einzige Antwort bezüglich neu festgenommener Menschen erhalten“, unterstrich sie.

Zum Abschluss nannte Morosowa die Tagesordnung für die bevorstehende Sitzung der humanitären Untergruppe in Minsk: „Die nächste Etappe der Verhandlungen findet am 17. Januar statt. Wir haben unsere offiziellen Vorschläge eingereicht, wir bestehen auf der Formel „alle festgestellten gegen alle festgestellten“. Derzeit wurden von uns offiziell 104 Menschen festgestellt und bestehen auf ihre schnellstmöglichen Rückkehr“.

de.sputniknews.com: „Schwarzmetall“: Rada-Abgeordneter moniert Schifflieferungen des Westens

Der Abgeordnete der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) Igor Mossijtschuk hat gegenüber dem TV-Sender NewsOne den Zustand der Landesflotte kritisiert, darunter die Kriegsschiffe, die von westlichen Ländern an die Ukraine übergeben wurden.

Mossijtschuk zufolge verfügt die Ukraine über keine einsatzfähige Kriegsflotte, und die vom Westen übergebenen Schiffe seien auch nicht hilfreich.

„Aber wir müssen ehrlich sagen, dass die Ukraine keine eigene Flotte hat, keine normale Flotte. Die Schiffbauindustrie des Landes ist eingestellt und teilweise zerstört worden. Und das Schwarzmetall, das uns die westlichen Partner schenken, kann in keiner Weise die Situation im Land beeinflussen“, zitiert das ukrainische Fernsehen den Politiker.

Ihm zufolge soll die Ukraine zunächst ihren Schiffbau und eine eigene Flotte entwickeln, indem sie entsprechende Aufträge innerhalb des Landes erteilt.

„Wir müssen ehrlich sagen, dass, wenn wir keine mächtige Marine haben, niemand mit uns rechnen wird“, erklärte der Abgeordnete.

Ende September 2018 hat die US-Küstenwache die Kleinboote Drummond und Cushing der Island-Klasse in die Ukraine verlegt.

Der ehemalige Kommandant der Baltischen Flotte, Admiral Wladimir Walujew, glaubt, dass diese Boote der ukrainischen Flotte keine Macht verleihen, sondern nur Probleme bereiten werden. Letztendlich werde es zu einem „Schiffsfriedhof“ führen.

Im November 2018 richteten die Vereinigten Staaten an Kiew den Vorschlag, Fregatten der Oliver-Hazard-Perry-Klasse an das Land zu übergeben.

Dnr-online.ru: Die Tarife für kommunale Dienstleistungen für die Bevölkerung bleiben auf dem bisherigen Niveau und werden nicht erhöht werden.

Dies erklärte am 15. Januar der stellvertretende Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Witalij Kishajew.

„Im Widerspruch zu verschiedenen im Internet umgehenden Gerüchten, die herausgegeben werden, um Unzufriedenheit bei der Bevölkerung hervorzurufen und die Lage in der Republik zu destabilisieren, unterstreiche ich ein weiteres Mal, dass die Tarife für kommunale Dienstleistungen für die Bevölkerung vorläufig nicht erhöht werden. Dies ist eine prinzipielle Position der Führung der Republik. Wir haben mehrfach wiederholt und wiederholen: die Tarifpolitik in der DVR ist auf den Schutz der Interessen der Bürger gerichtet. Die Führung der Republik berücksichtigt die Schwierigkeiten der ökonomische Situation in der Kriegszeit und hält es für zielführend, die Tarife für die Bevölkerung auf dem bisherigen Niveau zu halten“, sagte Witalij Kishajew.

Der stellvertretende Minister lenkte die Aufmerksamkeit auf einen weiteren Faktor, der die Zirkulation dieser Art von Gerüchten befördert: „Derzeit erreichen die Tarife aufgrund von steigenden Preisen für Material, Treibstoff und Ersatzteile in den letzten Jahren nicht in vollem Maße die Ausgaben der Unternehmen, die im Bereich der kommunalen Dienstleistungen arbeiten. Mit gemeinsamen Anstrengungen versuchen wir diese fehlende Balance zu halten. Bisher gelingt uns das. Es ist sehr wichtig, dass die Bürger verantwortungsbewusst mit der Zahlung der kommunalen Dienstleistungen und der Tilgung von Rückständen umgehen. Rechtzeitige Zahlungen für die kommunalen und Wohnungsdienstleistungen durch die Einwohner der Republik sind eine Garantie für qualitativ hochwertige Arbeit der kommunalen Einrichtungen und ein Unterpfand für das Halten der Tarife auf dem bisherigen Niveau“, informierte Witalij Kishajew.

„Wir sind den Einwohnern unserer Republik dankbar, die sich trotz der schwierigen ökonomischen Lage durch den Krieg und trotz des gesunkenen Lebensstandards zuverlässig für die kommunalen Dienstleistungen zahlen“, fügte der stellvertretende Minister hinzu.

Dan-news.info: Mitteilungen des Pressedienstes der Inspektion zum Schutz der Verbraucherrechte der DVR

„Die Inspektion zum Schutz der Verbraucherrechte hat 2018 2656 Kontrollen vorgenommen, davon 322 außerplanmäßige Kontrollen von Wirtschaftssubjekten auf dem Territorium der DVR“, heißt es in der Mitteilung.

Im Ergebnis wurde der Verkauf von mehr als 22.000 Litern Alkohol, mehr als 14.500 kg Gemüse und Obst sowie von etwa 10.000 kg anderen Lebensmitteln verboten.

„Im Jahr 2018 erhielt die Inspektion 462 schriftliche Anfragen, 436 davon sind bereits bearbeitet und abgeschlossen, die Verbraucher haben Antworten erhalten.

Die Beschäftigten des Aufsichtsorgans haben etwa 530 mündliche Konsultationen durchgeführt. Zu allen Fragen von Verbrauchern gab es Erklärungen.

Die Inspektion zum Schutz der Verbraucherrechte wurde durch einen Erlass des Oberhauptes der DVR vom 22. Juni 2015 geschaffen. Das Organ handelt im Rahmen des Gesetzes „Über den Verbraucherschutz“, das der Volkssowjet am 5. Juni desselben Jahres angenommen hat. Die Inspektion begann Anfang 2016 mit ihrer Arbeit.

ukrinform.ua: Neuer OSZE-Vorsitzender trifft sich in Kyjiw mit Verteidigungsminister Poltorak

Die Slowakei, die den 2019 OSZE-Vorsitz übernahm, unterstützt die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit der Ukraine. Die Lösung des Konflikts in der Ostukraine wird einer der Prioritäten für den Vorsitz des Landes in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sein.

Das sagte der slowakische Außenminister und der neue Vorsitzende der OSZE, Miroslav Lajcak, bei einem Treffen mit dem Verteidigungsminister der Ukraine, Stepan Poltorak, in Kyjiw, teilte die Pressestelle der ukrainischen Behörde mit. Im Mittelpunkt des Gesprächs seien auch die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den Verteidigungsministerien beider Länder gewesen. Es gehe insbesondere um den Ausbau des militärisch-politischen Dialogs, die Teilnahme der Slowakei an Nato-Hilfsfonds für die Minenräumung in der Ukraine und Rehabilitation der verwundeten Soldaten.

abends:

Dnr-online.ru: Das Problem der Abfuhr von Haushaltsabfällen war grundlegendes Thema einer Sitzung, die heute in der Verwaltung von Donezk stattfand.

Die Führung der Stadt bewertete die Arbeit der „Ökologischen Gesellschaft „Gromada““ GmbH, die für die Abfuhr zuständig ist, kritisch. Im Ergebnis der Sitzung wurde eine konstruktive Lösung über gemeinsame Aktivitäten der kommunalen Dienste und der ökologischen Gesellschaft zur Müllabfuhr gefunden. In der nächsten Zeit wird sich die Situation stabilisieren.

Es muss festgestellt werden, dass die städtischen kommunalen Dienste alle Maßnahmen zur Gewährleistung einer stabilen Arbeit bei der Müllabfuhr unternommen haben. „Der Müllabfuhr wurden für eine stabile Arbeit während der Feiertage 320 Liter Benzin und 1200 Liter Diesel zugeteilt. So hat das kommunalen Unternehmen „Sanitäre Reinigung des Petrowskij-Bezirk“ vom 1. bis 15. Januar 3724 Kubikmeter Müll abgeholt. Vom kommunalen Unternehmen „Kirowez“ wurden 4587 Kubikmeter abgeholt. Die ökologische Gesellschaft „Gromada“ hat während dieses Zeitraums aus sieben Bezirken der Stadt 35.780 Kubikmeter Müll abgefahren“, berichtete der Leiter der Abteilung für Stadtreinigung und kommunalen Dienstleistungen Ruslan Dudnikow.

Dabei wurde angemerkt, dass aufgrund des Fehlens von Zugängen in einer Reihe von Straßen des privaten Sektors kein Müll abgeholt wurde. Aber inzwischen haben die kommunalen Dienste alle Zugänge bereits frei gemacht.

Auf hohem Niveau befinden sich auch die Zahlungen der Bevölkerung für die Müllabfuhr. „Zum Stand von Januar 2019 wurden für die Müllabfuhr von „Gromada“ von der Bevölkerung mehr als 75 Mio. Rubel gezahlt, was 100,4% sind. Für das kommunale Unternehmen „Kirowez“ wurden von der Bevölkerung 18,7 Mio. Rubel gezahlt, das sind 98%. Für das kommunale Unternehmen „Sanitäre Reinigung des Petrowskij-Bezirks“ hat die Bevölkerung 7,2 Mio. Rubel gezahlt, dies sind 100,7%“, bestätigte der Leiter der Abteilung für Wohnungswirtschaft Walerij Litwinow.

Die Führung der Stadt bewertete die Arbeit der GmbH „Ökologische Gesellschaft Gromada“, die für diese Maßnahmen zuständig ist, kritisch.

Die Führung von „Gromada“ gab zu, dass tatsächlich 1100 Kubikmeter Müll nicht abgeholt wurden. „Dieses Defizit entstand aufgrund schlechter Wetterbedingungen und den fehlenden Zugängen zu den Müllsammelplätzen. Derzeit werden dank der gemeinsamen Arbeit mit den kommunalen Diensten alle Anstrengungen zur Stabilisierung der Situation unternommen“, sagte der Direktor der GmbH „Ökologische Gesellschaft Gromada“ Witalij Kostin.

„Das ist Nachlässigkeit und Verantwortungslosigkeit. Ein anderes Wort kann ich nicht wählen. Kein einziger kommunaler Dienst arbeitet so. Ich bitte nachdrücklich darum, die Stadt in Ordnung zu bringen und wenn es nötig ist, werden wir immer helfen. Denn für uns sind unsere Einwohner und unsere saubere Stadt das wichtigste!“, fasste der Bürgermeister von Donezk Alexej Kulesmin zusammen.